

NoventusCollect

Anlagereglement Typ R (Wertschriften-Poollösung der Regionalbanken)

Ausgabe 2024 / Version 1.0

Inhaltsverzeichnis

1	Grundlagen	5
1.1	Anlageziele und Vorgaben	5
1.2	Mittel	5
1.3	Anlageorganisation	6
1.3.1	Stiftungsrat	6
1.3.2	Geschäftsführung	6
1.3.3	Anlagekomitee	6
1.3.4	Verwaltung	6
1.3.5	Personalvorsorgekommission	6
1.3.6	Abgabe von Vermögensvorteilen	7
1.3.7	Vermögensverwaltungskosten	7
2	Anlagestrategie und Anlageaufteilung.....	8
2.1	Anlagestrategie	8
2.2	Vorgaben für den Kontoanteil	8
2.2.1	Auswahl der Bankinstitute	8
2.2.2	Zinssatz auf Bankkonti	8
2.3	Anlageaufteilung	8
2.3.1	Bestimmung der qualifizierten Bank	8
2.3.2	Vermögensbegrenzung	8
2.3.3	Erhöhung der Vermögensbegrenzung	9
2.3.4	Überschreitung der Vermögensbegrenzungen	9
2.4	Anlagekategorien für den Wertschriften-Pool	9
2.4.1	Liquide Mittel (Cash, ohne Kontoanlage)	9
2.4.2	Obligationen	9
2.4.3	Aktien	9
2.4.4	Derivate	9
2.4.5	Hypotheken	9
2.4.6	Immobilien	10
2.4.7	Anlagen in Infrastrukturen	10
2.4.8	Alternative Anlagen	10
2.4.9	Anlagen beim Arbeitgeber	10
2.4.10	Allgemeine Bestimmungen zu den Anlagekategorien	10
3	Bewertung und Zuweisung von Erträgen und Verlusten.....	11
3.1	Bewertung der Anlagen	11
4	Organisation.....	11
4.1	Vermögensverwaltung	11
4.1.1	Externe Vermögensverwalter	11
4.1.2	Global Custodian	11
4.1.3	Gemeinsame Vermögensverwaltung	11
4.1.4	Zuständigkeiten und Kompetenzen	11

4.2	Controlling	12
4.2.1	Berichterstattung	12
4.2.2	Strategieüberprüfung und Investment Controlling	12
4.2.3	Information	12
4.3	Ausübung der Aktionärsrechte	12
4.4	Nachhaltigkeit (ESG) in den Vermögensanlagen	12
4.5	Zuständigkeiten	12
5	Inkraftsetzung	12

	Anhang	13
A	Funktionendiagramm	14
B	Liste der teilnehmenden Banken	16
C	Anlagestrategie, gültig ab 01.01.2024	17
D	Wahrnehmung der Stimmrechte gemäss Art. 71a, BVG (Wertschriften-Pool)	19
E	Kontopool und Funktionsweise (für die Kontoanlage).....	21
F	Nachhaltigkeit (ESG) in den Vermögensanlagen	23

1 Grundlagen

Der Stiftungsrat erlässt, gestützt auf die Artikel 4 und 5 der Stiftungsurkunde und unter Einhaltung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) und der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2), die folgenden Bestimmungen zur Anlage des Vorsorgevermögens der Vorsorgewerke des Typs R (Wertschriftenpool-Lösung der Regionalbanken).

1.1 Anlageziele und Vorgaben

Grundsatz der Anlagestrategie (Typ R): Das Vorsorgevermögen wird zu einem vom Stiftungsrat festgelegten Verhältnis zum einen auf einem Sammelkonto der partizipierenden Regionalbanken angelegt (Kontoanlage), zum anderen gemeinsam in einem Wertschriften-Pool. Jede Regionalbank gewährt auf dem Sammelkonto eine Verzinsung in der Grössenordnung des BVG-Mindestzinses.

Mit der Vermögensanlage Typ R wird eine Sollrendite angestrebt, die um 0.75 % über der Mindestverzinsung gemäss BVG liegt.

Das Risiko, die angestrebte Rendite nicht zu erreichen, soll minimiert werden. Die Anlagerisiken sind angemessen zu verteilen. Das Vorsorgevermögen ist auf die Vorsorgeverpflichtungen abzustimmen (Asset Liability Management).

Es ist sicherzustellen, dass die Versicherungs- und Freizügigkeitsleistungen bei Fälligkeit erbracht werden können.

Mit dem Anteil im Wertschriften-Pool ist ein marktkonformer, den eingegangenen Risiken entsprechender Ertrag zu erzielen.

Die Stiftung bildet zum einen für den Anteil der Kontoanlage aus Überschüssen der Rückdeckung, die von der Stiftung den Anschlüssen des Typs R zugewiesen wird, eine Wertschwankungsreserve, deren Sollwert nach Einschätzung der Ausfallrisiken bestimmt wird. Zum anderen wird für den Anteil im Wertschriften-Pool ebenfalls eine Wertschwankungsreserve aus Performance-Überschüssen gebildet, deren Sollwert nach finanzökonomischen Regeln bestimmt wird.

1.2 Mittel

Zur Verwirklichung der Anlageziele stehen folgende Mittel zur Verfügung:

- Anlageorganisation zur effizienten, loyalen und integren Vermögensbewirtschaftung.
- Anlagestrategie und zugelassene Anlageinstrumente unter Berücksichtigung der Sollrendite, der Risikobereitschaft und -fähigkeit, der Risikoverteilung und des Asset Liability Managements.
- Investment Controlling über die Einhaltung der Verordnung BVV 2 und der Anlagestrategie, die Performanceentwicklung und -herkunft, die Vermögensverwaltungskosten und die Arbeitsleistung der beauftragten Vermögensverwalter.
- Berichterstattung über die Vermögensentwicklung, die Anlageperformance und das Risikoexposure.

1.3 Anlageorganisation

1.3.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat ist verantwortlich für die Führung der Vermögensanlage. Er gestaltet, überwacht und steuert nachvollziehbar die ertrags-, risiko- und liquiditätskonforme Vermögensbewirtschaftung und stellt durch organisatorische Massnahmen die Einhaltung der Loyalitäts- und Integritätsvorschriften des BVG und der BVV 2 in der Vermögensverwaltung sicher. Der Stiftungsrat entscheidet über die Anlagestrategie gemäss Art. 2.1 und fällt im Rahmen seiner Zuständigkeit die strategischen Entscheide.

Der Stiftungsrat kann Anlageausschüsse bilden und professionelle Beratungsunternehmen oder sonstige Institutionen mit der Anlage oder Verwaltung des Vorsorgevermögens betrauen. Bei der Wahl von Beauftragten sind Interessenskonflikte zu vermeiden. Rechtsgeschäfte mit Nahestehenden sind offenzulegen. Die Beauftragten haben sich ebenfalls den Loyalitäts- und Integritätsvorschriften des BVG und der BVV 2 zu unterstellen.

1.3.2 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung vollzieht die Beschlüsse des Stiftungsrats, plant die Durchführung, stellt die Berichterstattung sicher und fällt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die operationellen Entscheide.

1.3.3 Anlagekomitee

Der Stiftungsrat wählt das Anlagekomitee. Es besteht aus mindestens drei Mitgliedern, davon je ein Vertreter des Arbeitgebers und der Arbeitnehmer aus dem Stiftungsrat. Das Anlagekomitee ist bei Anwesenheit von mindestens zwei Mitgliedern beschlussfähig. Das Anlagekomitee bereitet alle anlagerelevanten Beschlüsse des Stiftungsrats vor (taktische Entscheidungen) und leitet und überwacht deren Vollzug. Im Bereich der Umsetzung der anlagestrategischen Vorgaben entscheidet das Anlagekomitee u.a. über:

- die Definition des operativen Anlageprozesses,
- die Auswahl und Mandatierung von externen Dienstleistungen für die Vermögensbewirtschaftung,
- den Prozess zur Ausübung der Aktionärsrechte im Rahmen der reglementarischen Vorgaben.

Das Anlagekomitee kontrolliert die ordnungsgemässe Umsetzung der jeweiligen Anlagestrategie sowie die Einhaltung der jeweiligen Mandats- und Bewirtschaftungsrichtlinien. Es rapportiert dem Stiftungsrat periodisch über seine Tätigkeit.

1.3.4 Verwaltung

Die Verwaltung besorgt die Buchführung der Stiftung und ist verantwortlich für die operative Liquiditätsplanung sowie die Übertragung der überschüssigen Liquidität zu den Vermögensverwaltern.

1.3.5 Personalvorsorgekommission

Die Personalvorsorgekommissionen der angeschlossenen Vorsorgewerke haben keine Aufgaben im Bereich der Vermögensverwaltung. Ihre Rechte und Pflichten richten sich nach Bestimmungen des Organisationsreglements.

1.3.6 Abgabe von Vermögensvorteilen

Die mit der Vermögensverwaltung beauftragten Unternehmen und Institutionen müssen die Art und Weise der Entschädigung und deren Höhe eindeutig bestimmbar in einer schriftlichen Vereinbarung festhalten. Sie müssen zudem der Stiftung zwingend sämtliche Vermögensvorteile abliefern, die sie darüber hinaus im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Tätigkeit für die Stiftung erhalten.

1.3.7 Vermögensverwaltungskosten

Die Vermögensverwaltungskosten werden dem Anlagegefäß belastet. Mit Beschluss des Stiftungsrats können dem Anlagegefäß bzw. den Anschlüssen weitere Kosten belastet werden:

- Transfer vom Anlagegefäß in das Betriebskapital der Stiftung (Sanierung).
- Transfer von Anschlüssen, deren Risikoprämie tiefer ist als der Betrag, welcher dem Rückdecker abzuführen ist: Die Differenz kann der Erfolgsrechnung der betroffenen Anschlüsse belastet werden.

2 Anlagestrategie und Anlageaufteilung

2.1 Anlagestrategie

Zuständig und verantwortlich für die Anlagestrategie ist der Stiftungsrat.

Die Anlagestrategie basiert auf den Anlagezielen und Vorgaben. In diesem Rahmen können die gesetzlichen Anlagemöglichkeiten der BVV 2 nach den Vorschriften von Art. 50 Abs. 4 BVV 2 erweitert werden. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften der sorgfältigen Auswahl, Bewirtschaftung und Überwachung sowie der Sicherheit der Erfüllung der Vorsorgezwecke und der angemessenen Risikoverteilung sind in diesem Falle im Anhang der Jahresrechnung schlüssig darzulegen.

Für jede einzelne Anlagekategorie werden Bandbreiten festgelegt.

Wenn marktbedingt oder aus anderen Gründen Bandbreiten durchstossen werden, wird grundsätzlich ein Rebalancing durchgeführt.

Die Anlagestrategie ist im Anhang C beschrieben.

2.2 Vorgaben für den Kontoanteil

2.2.1 Auswahl der Bankinstitute

Der Stiftungsrat bezeichnet die Banken („qualifizierte Banken“ genannt), bei denen Mittel als Kontoanlage angelegt werden können (Anhang B). Die Stiftung schliesst für diese Anlage spezielle Verträge mit den qualifizierten Banken ab. Für Banken, deren Kontoanteil mehr als 3% des Vermögens der Anlagegruppe ausmacht, gilt Folgendes: Diese Banken haben mindestens ein Basel III Leverage Ratio von 6.0% (Ziffer 14 der Regulatorischen Kennzahlen KM1 Kleinbankensysteme) oder können eine ähnliche Kennzahl ausweisen. Für die Banken, deren Anteil unter 3% liegt, gelten die Minimalvorschriften der FINMA.

Die Höhe dieser Kennzahl wird jährlich von der Geschäftsführung überprüft und dem Stiftungsrat zur Kenntnis gebracht.

2.2.2 Zinssatz auf Bankkonti

Die Verträge mit den qualifizierten Banken müssen eine Verzinsung des angelegten Vermögens in der Grössenordnung des BVG-Mindestzinses vorsehen.

2.3 Anlageaufteilung

2.3.1 Bestimmung der qualifizierten Bank

Vermitteln qualifizierte Banken Anschlussverträge an die Stiftung, wird ein Teil des Vermögens der betreffenden Vorsorgewerke der vermittelnden qualifizierten Bank zugeführt (Anteil gemäss vorgesehener Anlagestrategie).

Wählen Vorsorgewerke die Anlage gemäss diesem Reglement ohne Vermittlung durch eine qualifizierte Bank, bestimmt die Geschäftsführung die den Zahlungsverkehr durchführende qualifizierte Bank, sofern diese der Zuweisung zustimmt.

2.3.2 Vermögensbegrenzung

Bei einer einzelnen Bank dürfen im Einklang mit den Anlagebestimmungen der BVV 2 jedoch maximal 10 % des gesamten nach diesem Reglement angelegten Vermögens angelegt werden. Vorbehalten bleibt die Erweiterung dieser gesetzlichen Bestimmung gemäss den folgenden

Absätzen. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften der sorgfältigen Auswahl, Bewirtschaftung und Überwachung sowie der Sicherheit der Erfüllung der Vorsorgezwecke und der angemessenen Risikoverteilung sind in diesem Falle im Anhang der Jahresrechnung schlüssig darzulegen.

2.3.3 Erhöhung der Vermögensbegrenzung

Weisen Banken ein Basel III Leverage Ratio (oder eine ähnliche Kennzahl) von über 7.0% aus, können bei solchen Banken maximal 20 % des gesamten nach diesem Reglement angelegten Vermögens angelegt werden.

Weisen Banken ein Basel III Leverage Ratio (oder eine ähnliche Kennzahl) von über 8.0% aus, können bei solchen Banken mehr als 30 % des gesamten nach diesem Reglement angelegten Vermögens angelegt werden.

Eine Erhöhung dieser Begrenzungen um weitere 10 % ist zudem möglich, wenn von der Bank für den diese Begrenzungen übersteigenden Betrag Sicherheiten in Form von marktgängigen, auf CHF lautenden Obligationen mit einem minimalen Rating von AA gestellt werden.

2.3.4 Überschreitung der Vermögensbegrenzungen

Werden die Vermögensbegrenzungen nach Ziffer 2.3.2 oder 2.3.3 verletzt, kann die Geschäftsführung das Vermögen der Vorsorgewerke anderen oder neuen qualifizierten Banken zuführen, sofern diese der Zuführung zustimmen.

2.4 Anlagekategorien für den Wertschriften-Pool

2.4.1 Liquide Mittel (Cash, ohne Kontoanlage)

Liquide Mittel sind auf Kontokorrentkonti/Personalvorsorgekonti bzw. als Festgelder/Treuhandanlagen, Geldmarktbuchforderungen oder Obligationen mit einer maximalen Laufzeit von 12 Monaten anzulegen.

2.4.2 Obligationen

- Bei Obligationen ist in der Regel auf ein Kreditrating (Standard & Poors oder vergleichbar) von mindestens "BBB" (Investment Grade) zu achten. Tiefere Minimalratings sind im Mandat schriftlich festzuhalten.
- Die Anlagestrategie kann die Anlage sowohl in CHF als auch in Fremdwährungen lautende Obligationen vorsehen.
- Die Anlage in Wandelanleihen ist nur zulässig, wenn dies die Anlagestrategie vorsieht.
- Die Anlage kann sowohl indexiert bzw. indexnah als auch aktiv umgesetzt werden.

2.4.3 Aktien

Die Anlage kann sowohl indexiert bzw. indexnah als auch aktiv umgesetzt werden.

2.4.4 Derivate

Derivative Produkte sind zur Absicherung von bestehenden Positionen oder von Devisengeschäften (Hedging) oder in Form von Stillhalteroptionen im Rahmen der BVV 2-Vorschriften gestattet.

2.4.5 Hypotheken

Die Anlage in Hypotheken darf nur über kollektive Anlageinstrumente erfolgen.

2.4.6 Immobilien

Immobilieninvestitionen können im Inland direkt oder indirekt (Immobilienfonds, Anteil an Anlagestiftungen und Immobiliengesellschaften) erfolgen, im Ausland nur indirekt.

2.4.7 Anlagen in Infrastrukturen

Der Schwerpunkt der Anlagen in Infrastrukturen liegt auf nicht-kotierten Infrastrukturanlagen in den OECD Ländern. In Infrastrukturanlagen ausserhalb der OECD darf als Beimischung mit geringer Allokation investiert werden. Die Gesamtallokation zu Infrastrukturen muss ausreichend diversifiziert sein; die Anforderungen gemäss BVV2 bezüglich Hebel müssen jederzeit eingehalten werden.

2.4.8 Alternative Anlagen

- Beteiligungen/Private Equity können weltweit als mittel- und langfristige Investition in Form von Eigen- oder Fremdkapital getätigt werden. Engagements mit Nachschusspflicht sind nicht zulässig.
- Hedge Funds und Rohstoffe sind aus Gründen der Diversifikation oder geringer Korrelation sowie aus Überlegungen zur Garantie einer Mindestrendite erlaubt. Es ist eine angemessene Risikosteuerung punkto Strategien und Investitionen zu verfolgen. Weiter ist auf höchstmögliche Liquidität, Qualität und Transparenz der Instrumente und Partner zu achten.
- Übrige alternative Anlagen sind erst nach Prüfung ihrer Eignung als Vorsorgeanlage erlaubt.
- Alternative Anlagen dürfen nur über diversifizierte, kollektive Instrumente getätigt werden.

2.4.9 Anlagen beim Arbeitgeber

Anlagen bei angeschlossenen Arbeitgebern sind nicht zulässig. Davon ausgenommen sind Beitragsforderungen sowie Anlagen in kotierte Wertpapiere angeschlossener Arbeitgeber im Rahmen der üblichen Anlagetätigkeit.

2.4.10 Allgemeine Bestimmungen zu den Anlagekategorien

Die Begrenzungen einzelner Schuldner bzw. einzelner Gesellschaftsbeteiligungen gemäss den Vorschriften von Art. 54 und 54a BVV 2 sind einzuhalten.

Soweit nichts anderes geregelt ist, kann sowohl in Einzeltitel direkt als auch in kollektive Anlageinstrumente investiert werden. Kollektive Anlagen entsprechen den Vorschriften von Art. 56 BVV 2.

Securities Lending ist nur im Rahmen von kollektiven Anlageinstrumenten zulässig.

3 Bewertung und Zuweisung von Erträgen und Verlusten

3.1 Bewertung der Anlagen

Kontoanlage	Nominalwert (abzüglich notwendiger Abschreibungen)
Nominalwertforderungen	Marktwert per Abschluss Geschäftsjahr
Wandelanleihen	Marktwert per Abschluss Geschäftsjahr
Aktien und aktienähnliche Anlagen	Marktwert per Abschluss Geschäftsjahr
Immobilien (nur indirekte Anlagen)	Marktwert per Abschluss Geschäftsjahr
Alternative Anlagen:	
Beteiligungen/Private Equity mit geringer Marktliquidität	Einstandspreis oder abgewerteter Buchwert
Hedge Funds	Marktwert per Abschluss Geschäftsjahr

4 Organisation

4.1 Vermögensverwaltung

4.1.1 Externe Vermögensverwalter

Für die Verwaltung der Wertschriften werden externe spezialisierte Vermögensverwalter gemäss Art. 48f Abs. 3 BVV 2 beauftragt. Diese müssen dazu befähigt und so organisiert sein, dass die Einhaltung der Loyalitäts- und Integritätsvorschriften des BVG (Art. 51b Absatz 1) und der BVV 2 (Art. 48g - 48i) sowie der Mandatsvorgaben gewährleistet ist. Bei der Auswahl von Vermögensverwaltern für aktiv verwaltete Mandate ist ein fachkundiger Berater einzusetzen. Jeder Vermögensverwalter verfügt über einen schriftlich formulierten Verwaltungsauftrag. Von den Vermögensverwaltern vereinnahmte Retrozessionen aus Anlagen der Stiftung sind dieser abzuliefern oder mit dem vertraglich vereinbarten Honorar zu verrechnen.

4.1.2 Global Custodian

Es kann ein Global Custodian eingesetzt werden, der die einzelnen Mandate konsolidiert. Der Global Custodian kann auch Vermögensverwalter sein. Wie dieser hat er die Loyalitäts- und Integritätsvorschriften des BVG und der BVV 2 einzuhalten.

4.1.3 Gemeinsame Vermögensverwaltung

Die Stiftung kann, sofern dies für die Stiftung Vorteile bietet, die gesamte Vermögensverwaltung oder Teile der Vermögensverwaltung gemeinsam mit anderen Vorsorgeeinrichtungen durchführen. Die dazu notwendigen Verträge sind durch den Stiftungsrat zu genehmigen. Die Einhaltung der Loyalitäts- und Integritätsvorschriften des BVG und der BVV 2 muss gewährleistet sein.

4.1.4 Zuständigkeiten und Kompetenzen

Die Zuständigkeiten und Kompetenzen sind im Funktionendiagramm im Anhang A aufgeführt.

4.2 Controlling

4.2.1 Berichterstattung

Die beauftragten Vermögensverwalter haben der Geschäftsführung mindestens quartalsweise eine Berichterstattung zu liefern, die folgendes umfasst:

- Vermögensentwicklung
- Positionierung des Portfolios
- Performance (Year to Date, Vorperioden), Performanceanalyse (Contribution), Kennzahlen
- Fact Sheets zu den eingesetzten Anlageinstrumenten

4.2.2 Strategieüberprüfung und Investment Controlling

Periodisch oder wenn besondere Umstände dies erfordern, ist die Anlagestrategie, die Investitionstätigkeit und Anlageorganisation durch eine externe Institution zu überprüfen.

4.2.3 Information

Der Stiftungsrat ist an jeder Stiftungsratssitzung über die Kapitalanlagen zu informieren. Die Geschäftsführung leitet die Berichte an das Anlagekomitee oder den Stiftungsrat mindestens vierteljährlich weiter. Das Anlagekomitee analysiert die Berichte und prüft die Einhaltung der regulatorischen und gesetzlichen Vorschriften.

Die Geschäftsführung informiert die Versicherten quartalsweise via Website über die Anlageergebnisse.

4.3 Ausübung der Aktionärsrechte

Die Wahrnehmung der Stimmrechte wird gemäss Anhang D ausgeübt.

4.4 Nachhaltigkeit (ESG) in den Vermögensanlagen

Die Bestimmungen zu ESG-Anlagen sind im Anhang F offengelegt.

4.5 Zuständigkeiten

Die Zuständigkeiten und Kompetenzen sind im Funktionendiagramm im Anhang A aufgeführt.

5 Inkraftsetzung

Dieses Anlagereglement wurde am 27. Dezember 2023 vom Stiftungsrat genehmigt und tritt per 01.01.2024 in Kraft. Es kann durch Beschluss des Stiftungsrats jederzeit ergänzt oder geändert werden.

Wird dieses Reglement in andere Sprachen übersetzt, so ist für die Auslegung einzig der deutsche Text verbindlich.

NoventusCollect

Marco Huber

Präs. des Stiftungsrates

Christoph Wenger

Vizepräs. des Stiftungsrates

Anhang

A Funktionendiagramm

Kompetenzen und Stellen

Kompetenzen		Stellen	
E	Entscheid	SR	Stiftungsrat
P	Planung / Initiative	GF	Geschäftsführung
D	Durchführung	GC / VV	Global Custodian
C	Controlling	EX	Externe Unternehmung
()	freiwillig	AKO	Anlagekomitee

Kompetenzen	SR	AKO	GF	GC/ VV	EX
Anlagerichtlinien					
Änderungen der Grundsätze für die Kapitalanlagen und der Kompetenzordnung	E	(P)	P/D		
Periodische Überprüfung der Anlagestrategie	E	(P)	P/D		P
Umsetzung der Anlagerichtlinien bei Wertschriften					
Gestaltung der Grundsätze der Anlageorganisation (z.B. interne oder externe Vermögensverwaltung, Auslagerung einzelner Aufgaben)	E	(P)	P/D		
Bestimmung externer Berater oder Vermögensverwalter	E	P	P	D	
Kauf und Verkauf einzelner Valoren von neuen Anlageklassen, aber innerhalb der bestehenden Strategie		E	P/D		
Auftragspezifikation für interne/externe Vermögensverwalter, Kauf und Verkauf einzelner Valoren innerhalb der bestehenden Anlageklassen			E/D		
Temporäres Aussetzen des Rebalancings für max. 3 Monate	E	P	P	D	
Bewirtschaftung der operativen Liquidität			D		
Depotführung					
Einrichten und Führen der revisionsfähigen Wertschriftenbuchhaltung mit Quartals- und Jahresabschlüssen			P/D	D	D
Rückforderung der Quellen- und Verrechnungssteuer			D		D

Kompetenzen	SR	AKO	GF	GC/ VV	EX
Wertschriften Reporting / Controlling					
Überwachen der Anlagestrategie und der Performance	P	P	C	D	D
Performanceanalyse und quartalsweise Berichterstattung			C/P	D	D
Periodische Besprechungen mit den Vermögensverwaltern	D	D	P/D	D	
Überwachung der BVG-Vorschriften und internen Vorgaben für Vermögensverwalter		E	P/D	D	D
Wahrnehmung der Stimmrechte					
Änderung der Grundsätze für die Wahrnehmung	E	(P)	P/D		
Regelmässige Überprüfung und Entscheid/Wahl Proxy Advisor	E	(P)	P/D		D

B Liste der teilnehmenden Banken

Bankname
Bank Gantrisch Genossenschaft
AEK Bank 1826 Genossenschaft
Bank EKI Genossenschaft
BBO Bank Brienz Oberhasli AG
Bezirks-Sparkasse Dielsdorf Genossenschaft
Ersparniskasse Rüeggisberg Genossenschaft
Bank SLM AG
Regiobank Solothurn AG
Spar- und Leihkasse Bucheggberg AG
Spar- und Leihkasse Frutigen AG

C Anlagestrategie, gültig ab 01.01.2024

Anlagekategorie	Strategische Allokation	Bandbreiten	
		Min.	Max
Liquidität	35 %	29 %	41 %
Obligationen CHF Inland	5 %	7 %	13 %
Hypotheken Schweiz	5 %		
Aktien Schweiz	10 %	7 %	13 %
Aktien Welt Industrieländer hedged	22 %	18 %	26 %
Aktien Welt Industrieländer Small Caps hedged	3 %	2 %	4 %
Immobilien Schweiz	20 %	14 %	26 %
Total	100 %		

- NoventusCollect führt diese Anlagestrategie gemeinsam mit NoventusCollect Plus auf der Basis eines von beiden Stiftungsräten genehmigten Vertrags durch.
- Referenzwährung: CHF
- Die Anlagestrategie versteht sich ohne operative Liquidität und Forderungen. Diese sollen insgesamt im Regelfall 3 % der Bilanzsumme des Anlagegefässes nicht überschreiten.
- Die Anlagestrategie wird mit Kollektivanlagen umgesetzt.
- Derivate sind in der Form von Devisentermingeschäften zum Zweck der Absicherung zulässig.
- Rebalancing: Die Überprüfung der Bandbreiten findet monatlich unter Berücksichtigung von Desinvestitionen oder Investitionen statt. Diese werden dem Vermögensverwalter jeweils per 20. jedes Monats angezeigt. Ein Rebalancing wird ausgelöst, wenn die Bandbreiten gemäss Vermögensverwaltungsvertrag verletzt sind.
- Zur Sicherstellung, dass in volatilen Märkten per Monatsende die Bandbreiten nach dem Rebalancing nicht erneut verletzt sind, werden die Bandbreiten aller Anlagekategorien im Anlagereglement breiter gefasst als im Vermögensverwaltungsvertrag. Ein kleines Restrisiko einer Bandbreitenverletzung kann nicht ausgeschlossen werden.
- Investitionen und Desinvestitionen werden aufgrund der Zielwerte der strategischen Allokation getätigt.
- Die Ziel-Wertschwankungsreserve für diese Anlagestrategie beträgt 13 % der Vorsorgeverpflichtungen. Die Wertschwankungsreserve ist so berechnet, dass sie mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % (Sicherheitsniveau) bei ungünstigem Verlauf der Anlagemärkte ausreicht, eine Unterdeckung innerhalb von einem Jahr zu vermeiden.

- Vermögensverwalter: AEK Bank 1826 Genossenschaft, Bank EKI Genossenschaft, Spar- und Leihkasse Frutigen AG, Regiobank Solothurn AG
- Einzelne Zusammenarbeitsvereinbarungen mit den jeweiligen qualifizierten Banken für den Kontoanteil

D Wahrnehmung der Stimmrechte gemäss Art. 71a, BVG (Wertschriften-Pool)

1. Wahrnehmung der Stimmrechte

Die Stimm- und Wahlrechte der direkt oder via Einanlegerfonds und Kollektivanlagen, welche die Wahrnehmung des Stimmrechts zulassen, gehaltene unter Art. 71a BVG fallende Aktien werden systematisch nach Massgabe von Art. 71a BVG und den weiteren Bestimmungen dieses Reglements im Interesse der Versicherten wahrgenommen und ausgeübt, und zwar insbesondere bezüglich folgender Anträge:

- Wahlen (Mitglieder des Verwaltungsrates, des Präsidenten, Mitglieder des Vergütungsausschusses und des unabhängigen Stimmrechtsvertreters)
- Vergütungen (Gesamtbeiträge an den VR, die Geschäftsleitung und den Beirat)
- Statutenänderungen zur Thematik Vergütungen (Rahmenbedingungen)

Für die Beurteilung der Anträge orientiert man sich am langfristigen Interesse der Versicherten. Im Zentrum steht dabei das dauernde Gedeihen der Stiftung.

2. Interesse der Versicherten: Dauerndes Gedeihen der Stiftung

Die Interessen der Versicherten gelten als gewahrt, wenn vor allem im langfristigen (finanziellen) Interesse der Aktionäre der Gesellschaft abgestimmt/gewählt wird. Es wird darauf geachtet, dass der Unternehmenswert der betreffenden Gesellschaft langfristig maximiert wird. Die Entscheidungsträger orientieren sich daher bei der Wahrnehmung der Stimmrechte an den Grundsätzen Rendite, Sicherheit, Liquidität und Nachhaltigkeit (Art. 71 BVG: Grundsätze der Vermögensverwaltung).

Die Stimmrechte werden im Sinne des Verwaltungsrates ausgeübt, wenn die Anträge nicht im Widerspruch zu den Interessen der Versicherten stehen und insbesondere einen langfristigen Anlagehorizont beachten.

3. Organisation

Der Stiftungsrat beschliesst das Vorgehen zur Wahrnehmung der Stimmrechte und definiert die konkrete Stimmrechtsausübung. Auf eine direkte Präsenz an den Generalversammlungen wird in der Regel verzichtet. Für die konkrete Stimmrechtsausübung und Erfüllung der Stimmpflicht ist die Geschäftsführung verantwortlich.

Zur konkreten Stimmrechtsausübung können die Dienste des unabhängigen Stimmrechtsvertreters in Anspruch genommen werden. Ebenso kann die Umsetzung – im Rahmen dieser Vorgaben – durch den Stiftungsrat einem externen Stimmrechtsberater (Proxy Advisors) übertragen werden. Punkt 6 dieses Anhangs regelt die Details.

Sofern Kollektivanlagen Aktien halten, sie aber der Versicherungskasse die Wahrnehmung der Aktionärsrechte nicht einräumen, werden diese konsequenterweise nicht wahrgenommen.

4. Offenlegung

Die Stiftung legt den Versicherten das Stimmverhalten in einem zusammenfassenden Bericht offen. Es werden nur Ablehnungen oder Enthaltungen detailliert erwähnt.

5. Securities Lending

Securities Lending ist nicht zulässig, wenn dadurch die Ausübung der Stimmrechte verunmöglicht wird.

6. Einsatz eines Stimmrechtsvertreters (Proxy Advisor)

Die konkrete Stimmrechtsausübung kann einem Proxy Advisor übertragen werden.

Grundlage für die Stimmrechtsausübung bilden in diesem Fall die Richtlinien/Corporate Governance-Grundsätze des Proxy Advisors.

Der Stiftungsrat oder die Geschäftsführung können in begründetem Fall und im Rahmen der vorgenannten Grundsätze entgegen der Empfehlung des Proxy Advisors stimmen. In diesem Fall wird dies in der Offenlegung des Stimmverhaltens erwähnt.

Der Stiftungsrat hat bis auf weiteres als Proxy Advisor Ethos Services gewählt.

E Kontopool und Funktionsweise (für die Kontoanlage)

Die Vorsorge-Sammelkonti der Regionalbank bilden mit den Vorsorgekonti der anderen qualifizierten Banken einen Kontopool. Zweck des Kontopools ist, im Sinne der gesetzlichen Vorschriften eine angemessene Diversifikation des Schuldnerisikos zu erreichen und beim Ausfall einer qualifizierten Bank den Verlust des Vorsorgevermögens der Versicherten zu minimieren. Dazu wird der Verlust auf den Vorsorge-Sammelkonti der ausfallenden Bank auf alle Vorsorgekonti aufgeteilt, womit auf allen Vorsorgekonti (inkl. Konto der betroffenen Bank) prozentual gleich kleine Verluste entstehen. Dies erhöht die Sicherheit aller durch die qualifizierten Banken vermittelten Vorsorgewerke und Versicherten.

Beispiel für die Funktionsweise des Kontopools:

RB	vor KA		nach KA ohne Pooling		nach KA mit Pooling		
	Anteil %	MCHF	Anteil %	MCHF	Kürzung in %	Anteil %	MCHF
1	19	20.90	20.7	20.90	2.72 %	19	20.33
2	17	18.70	18.5	18.70	2.72 %	17	18.19
3	15	16.50	16.3	16.50	2.72 %	15	16.05
4	13	14.30	14.2	14.30	2.72 %	13	13.91
5	11	12.10	8.5	9.10	2.72 %	11	11.77
6	9	9.90	9.8	9.90	2.72 %	9	9.63
7	7	7.70	7.6	7.70	2.72 %	7	7.49
8	5	5.50	5.4	5.50	2.72 %	5	5.35
9	3	3.30	3.3	3.30	2.72 %	3	3.21
10	1	1.10	1.1	1.10	2.72 %	1	1.07
	100	110.00		107.00		100	107.00

Erläuterung:

Die Regionalbank (RB) 5 hat einen Anteil von 11 % bzw. CHF 12.10 Mio. am gesamten Vorsorgevermögen von CHF 110 Mio.

Diese Regionalbank hat einen Kapitalausfall (KA) von CHF 3 Mio. bzw. rund 25 % zu beklagen.

Ohne Pooling reduziert sich das Vorsorgevermögen der Regionalbank 5 von CHF 12.10 Mio. auf 9.10 Mio. Die von der Regionalbank 5 vermittelten Vorsorgewerke (Anschlüsse) erleiden eine Unterdeckung: Der Deckungsgrad beträgt noch rund 75 %. Die Vorsorgewerke der übrigen Regionalbanken erleiden keine Verluste.

Mit Pooling wird der Kapitalausfall von CHF 3 Mio. proportional auf alle Vorsorgewerke aller Regionalbanken (inkl. Regionalbank 5) verteilt. Ergebnis: Alle Vorsorgewerke erleiden eine geringe Unterdeckung mit Deckungsgrad 97.28 %.

Technisch gesehen würde Noventus als Kontoinhaberin alle Vorsorgekonti der vom Kapitalausfall nicht betroffenen Regionalbanken mit einem Abschlag von rund 2.7 % belasten und das Geld den Vorsorgekonti der betroffenen Vorsorgewerke zuführen.

Das Pooling ist mit einem Fonds zu vergleichen. Fällt eine Position (Unternehmen, Staat) aus, erleiden alle Fondsanteile einen Kursverlust gleicher Höhe.

F Nachhaltigkeit (ESG) in den Vermögensanlagen

Definition nachhaltiges Investieren

Die angelegten Vorsorgegelder unserer Destinatäre haben einen Einfluss auf die Entwicklung unserer globalen Umwelt und wir sind uns der Verantwortung mit den treuhänderisch verwalteten Guthaben in Bezug auf ESG-Kriterien in unseren Anlagestrategien bewusst.

Verantwortungsbewusstes und nachhaltiges Investieren bedeutet für die NoventusCollect nebst des Einbezugs von ökonomischen Aspekten auch die Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialanliegen sowie gute Unternehmensführung (ESG) in ihren Investitionsentscheidungen.

ESG-Verhaltenskodex

Im Rahmen der Umsetzung von ESG-Kriterien hat der Stiftungsrat einen ESG-Verhaltenskodex erlassen (soweit auf Typ R anwendbar):

Auswahl der Vermögensverwalter

Bei der Auswahl der Vermögensverwalter legen wir grosses Augenmerk auf ihre gängige ESG-Praxis. Mit den Vermögensverwaltern stehen wir in regelmässigem Austausch zu neuen ESG-Produkten, welche zur indexierten Anlagestrategie der Noventus Pensionskassen passen. Die Gespräche finden quartalsweise im Anlagekomitee und regelmässig mit den Vermögensverwaltern statt. Zusätzlich implementieren unsere Vermögensverwalter die Empfehlungen von SVVK-ASIR (produkt- und normenbasiert) sowie für kontroverse Waffen die Ausschlussliste von ISS Ethix Advisors.

Ausüben der Stimmrechte

Wir nehmen unsere Stimmrechte bei Schweizer Publikumsgesellschaften aktiv wahr. Dabei stützen wir uns auf die Empfehlungen der Anlagestiftung Ethos, welche die Erfüllung der Nachhaltigkeitskriterien überwacht und uns aktiv an Aktionärsversammlungen vertritt. Die Ausübung der Stimmrechte wird als Report jährlich publiziert.

Nachhaltige Verwaltung der Stiftung

Die Verwaltung der Stiftung erfolgt nachhaltig. Die unvermeidbaren CO₂-Emissionen werden durch Klimaschutzprojekte von myclimate kompensiert.